

Pressemitteilung



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

15.12.2009

Herausgeber:
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (**DPoIG**)
Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle
Calvinstr. 5 A
10557 Berlin
Tel.: 393 30 73 / 74
Fax: 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
Internet: www.dpolg-berlin.de
V.i.S.d.P.: Eduard Riese, Landesredakteur

IHK Umfrage zeigt gefährlichen Trend

DPoIG Berlin: Besorgnis erregende Entwicklung, Senat muss aufwachen

Das Kriminalitätsbarometer 2009 der IHK, in dem 1400 Unternehmen aus Berlin und Brandenburg Fragen zur Unternehmenssicherheit beantwortet haben, zeigt nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft eine Besorgnis erregende Entwicklung auf. Aus der Umfrage wird auch der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Sicherheit einer Region und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes deutlich.

Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin: *"Jetzt müssen dem Senat endlich die Augen aufgehen, wer bei der Sicherheit spart, gefährdet dauerhaft elementare Wirtschaftsinteressen und damit auch Arbeitsplätze!"*

Das Anzeigeverhalten der Unternehmen hat sich nach der Umfrage verschlechtert. Besonders gravierend ist jedoch die seit Jahren anhaltende Tendenz der Unternehmen, einer Zusammenarbeit mit der Polizei einen immer geringer werdenden Stellenwert beizumessen. *"Hier zeigt sich ein gefährlicher Trend, die Polizei muss so ausgestattet sein, das die Daseinsvorsorge für alle Bürger - also auch für die Betriebe - möglich ist. Wenn der Staat zurückweicht, befördert er die Tendenz zu privat eingekaufter Sicherheit, die sich nur große Unternehmen, aber nicht Oma Kasulke und der Tischlermeister an der Ecke leisten können!"*, so Pfalzgraf weiter.

Auch dem eindeutig erkannten Trend zu Steigerungsraten in der Computerkriminalität können nach Auffassung der DPoIG Berlin nur gemeinsame Aktivitäten von Wirtschaft und Polizei entgegen wirken. Doch beim Tatort Internet hat die Polizei noch erheblichen Nachholbedarf, der auch Investitionen erfordert. *"Wir brauchen den Cyberpolizisten genau so wie den Kontaktbereichsbeamten, der den Kontakt zu den Firmen hat. Doch beides existiert nur noch rudimentär. Wenn das Vertrauen in die Polizei erst mal weg ist, dauert die Neugewinnung Jahre. Also muss der Senat genau jetzt handeln!"* meint der Gewerkschaftsvorsitzende abschließend.
